



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Großherzog Friedrich von Baden in Versailles. 2

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ihrer Zeit gewesen. Völker wollen geführt sein, und sie werden diese Führung immer viel lieber in der Hand eines machtvollen Staatsoberhauptes sehen, das nicht nur von den Ideen seiner Zeit und seines Volkes durchdrungen ist, sondern sie auch führend zu gestalten weiß, als in der Hand von Parlamenten mit wechselnden Majoritäten, aber niemals aufhörenden Eifersüchteleien, Eitelkeiten und Parteiinteressen. In jedem aufsteigenden Lande wird es immer das Königtum sein, das im Wechsel der Dinge und der Mehrheiten das Bleibende des nationalen Gedankens und der staatlichen Zwecke repräsentiert. H. J.



Großherzog Friedrich von Baden in Versailles

2



eben allen Sorgen und Spannungen, die der Kriegsausbruch mit sich brachte, wandte der Großherzog doch von Anfang an sein Augenmerk den möglichen politischen Folgen zu. Ganz Deutschland stand vereint unter König Wilhelms Oberbefehl in Waffen, eine gewaltige nationale Bewegung durchzitterte die weiten Gebiete von Memel bis zum Bodensee, die solange angestrebte einheitliche Zusammenfassung aller nationalen Kräfte, die Einigung in der Stimmung des deutschen Volkes war urplötzlich vorhanden, im Sturm geboren. Entsprachen die militärischen Ergebnisse des Krieges den berechtigten Erwartungen, so war mit Sicherheit anzunehmen, daß die politischen nicht dahinter zurückbleiben würden; der führende Staatsmann gehörte nicht zu denen, deren Feder verdarb, was das Schwert gewann. Um so mehr hielt es Großherzog Friedrich für seine Pflicht, an seinem Teile mitzuarbeiten, daß der nationale Strom rechtzeitig in ein entsprechend breites, festes und sicheres Bett geleitet würde, und daß die politische Arbeit in der Heimat mit der kriegerischen im Felde gleichen Schritt hielt. Um die Kriegsbegeisterung lebendig zu erhalten, mußten ihr hohe Ziele jenseits des Schlachtfeldes gegeben, Bürgschaften geschaffen werden, daß die elementare Kraft der aus den Wogen des bedrohten Rheinstroms überraschend emporgestiegenen deutschen Einheit nicht mit dem letzten Kanonenschusse verbrauchte.

Das Gefüge des Norddeutschen Bundes mußte in einem siegreichen Kriege voraussichtlich eine Festigung gewinnen, die den innern Verdeprozeß um Jahrzehnte beschleunigte; ganz anders als durch parlamentarische und politische Arbeit mußte das Zusammenschweißen in der Glut der Schlachten gelingen. Es war mithin vorauszusehen, daß der siegreiche, erzgepanzerte Norddeutsche Bund wenig geneigt sein werde, seine in solchen Stürmen erprobte Verfassung aufzugeben oder auch nur zugunsten süddeutscher Wünsche erheblich zu modifizieren. Eine künftige staatsrechtliche Zusammenfassung Gesamtdeutschlands mußte sich

deshalb unvermeidlich im Wege der Ausdehnung der norddeutschen Verfassung auf den Süden vollziehen. Baden war dazu bereit, von Hessen waren Bedenken oder Schwierigkeiten kaum zu gewärtigen. Es konnte sich mithin nur um die Haltung und die künftige Stellung von Württemberg und Bayern handeln.

Zweifellos mußte dabei der militärische Anteil beider, namentlich Bayerns, an den kriegerischen Erfolgen in das Gewicht fallen. Je größer und ehrenvoller er war, desto mehr blieb wohl mit der Neigung Bayerns zu rechnen, den militärischen und politischen Wert seiner Bundesgenossenschaft bei künftigen Verhandlungen in militärische und politische Konzessionen umzusetzen, über die Linie der norddeutschen Verfassung hinaus eine Sonderstellung einzunehmen, Gebiets Erweiterungen anzustreben. Für eine vorschauende Staatskunst mußte es deshalb als ausgemacht gelten, daß die politische Ernte des Krieges noch während seiner Andauer einzusammeln war. So lange die deutschen Staaten in Reih und Glied, Schulter an Schulter, vor dem Feinde standen, mußte es viel leichter sein, mit ihnen auch zu einem den nationalen Wünschen entsprechenden politischen Abschluß zu gelangen als nach der Heimkehr, wo ungleich mehr mit dem Vollgefühl des Siegers, einem dadurch sehr gesteigerten Souveränitätsgefühl und der Einmischung des Auslands zu rechnen sein würde.

Dazu trat als weitere Erwägung die staatsrechtliche Zukunft der im Siegesfalle wieder mit Deutschland zu vereinenden alten Reichsmarken Elsaß und Lothringen. Nicht zum zweitenmal sollten sie für Deutschland verloren gehn. Jeden Anteil an diesem Gewinn lehnte Baden sofort ab, Elsaß und Lothringen konnten nur mit Preußen vereinigt oder als gemeinsamer Besitz der neuen deutschen Bundesgemeinschaft zugeführt werden. Aber um sie in eine künftige deutsche Verfassung einzugliedern, mußte diese Verfassung vorher geschaffen werden. Auch erschien es als eine völkerrechtliche Notwendigkeit, die politische Einigung der deutschen Stämme vor dem Friedensschlusse zu vollziehen, damit Frankreich diesen Frieden, mit allen seinen Folgen, mit einem einheitlichen deutschen Staatsgebilde, nicht mit einer Anzahl von Verbündeten zu schließen habe, deren Diplomatie durch ausländische Intrigue und partikuläre Bestrebungen leicht zum Nachteil Gesamtdeutschlands beeinflusst werden konnte. Schließlich war auch von einem Mitreden oder einem Einspruch fremder Mächte zugunsten Frankreichs bei den Friedensverhandlungen weit weniger zu besorgen, sobald sie es mit einem staats- und völkerrechtlich geeinten Deutschland zu tun hatten.

Für den Großherzog stand es unerschütterlich fest, daß der Siegespreis in erster Linie nicht in den Leistungen des besiegten Frankreichs als vielmehr in der politischen Einigung Deutschlands zu bestehen habe, in der vollen Ausnutzung einer großen Gelegenheit, wie sie dem deutschen Volke durch die Gnade der Vorsehung geboten worden und wie sie zum zweitenmal sicherlich sobald nicht wieder zu erwarten war.

Konnte auch nicht vorausgesetzt werden, daß der Verlauf des Krieges ein so rapider sein werde wie der von 1866, wo zwischen der Kriegserklärung

und der Vollziehung des Präliminarfriedens nicht vier Wochen lagen, so schien es doch geboten, keine Zeit zu verlieren, sondern das Eisen zu schmieden, so lange es heiß blieb. Da der Großherzog kein militärisches Kommando führte, die Eigenschaft Badens als unmittelbar den Kriegsschauplatz berührendes Grenzland es ihm doppelt wünschenswert machen mußte, die nächsten Entscheidungen in der Mitte seines Volkes abzuwarten, so wandte er neben allen vermehrten Regierungsforgen des Augenblicks seine Aufmerksamkeit um so mehr der künftigen Gestaltung Deutschlands zu. Zumal seit der Aussprache, die er im März in Berlin mit Bismarck gehabt hatte, war der Großherzog über die schließlichen Ziele der Politik des Bundeskanzlers wohl hinreichend beruhigt, aber er sowohl wie die badische Regierung empfanden es doch als eine Unterlassung, daß die innere Neugestaltung Deutschlands nicht gleich beim Kriegsausbruch in erkennbarer Weise von dem Bundeskanzler begonnen worden war. Es mag sogar Augenblicke der Befürchtung gegeben haben, daß eine nie wiederkehrende Gelegenheit vielleicht unbenutzt bleiben könnte. In den Tagen, die zwischen der Kriegserklärung und dem Aufbruch des Hauptquartiers aus Berlin lagen, bot jedoch die internationale Politik Bismarck hinlänglich Sorge und Arbeit, sodaß er sich nicht auch noch den Fragen der künftigen deutschen Verfassung zuwenden konnte, auch blieb er nach wie vor von dem Grundsatz befeelt, daß die Initiative in der deutschen Frage nicht von Preußen ausgehen dürfe, so lange als die Möglichkeit vorhanden sei, daß dies im Süden als eine Art Zwang empfunden werden könnte. Wäre Preußen gleich beim Kriegsausbruch in München und in Stuttgart der deutschen Verfassungsangelegenheit mit Vorschlägen nähergetreten, so hätte es sehr wohl geschehen können, daß die Erfüllung des Bundesvertrages auf der Wage von Leistung und Gegenleistung abgewogen, oder daß die Schnelligkeit und Entschlossenheit des Handelns durch diplomatische Verhandlungen ungünstig beeinflusst worden wäre. Selbstverständlich hegte Bismarck nicht den allergeringsten Zweifel, daß wenn erst einmal die süddeutschen Truppen mit dem preußischen Heere vereint siegreich auf französischen Schlachtfeldern standen, die Frage der deutschen Einheit praktisch gelöst sei, und die Auffindung der Form keine übermäßigen Schwierigkeiten bereiten könne. Zudem kam die Persönlichkeit des Königs in Betracht, der ebensowenig wie Bismarck selbst dazu neigte, das Fell des Bären zu verteilen, bevor er erlegt war, und den nach seiner ganzen Art in jenen ersten Wochen nicht die Einrichtungen nach dem Siege, sondern die militärische Erreichung des Sieges selbst beschäftigte. Wenngleich bei der Abreise aus Berlin und bei der auf den 3. August festgesetzten Operationsbereitschaft der drei deutschen Armeen der Entschluß zu einer starken und nachhaltigen Initiative ebenso fest stand wie die Gewißheit, daß der Gegner dazu nicht befähigt wäre, so war doch begreiflicherweise die Sorge um die ersten herbeizuführenden Entscheidungen die Hauptsache. Nach den Siegestagen des 4. und 6. August erst trat die nationalpolitische Seite des Krieges auch für die führenden Köpfe mehr in den Vordergrund. Sogar der so konservativ gerichtete Moritz von Blankenburg bezeichnet in einem

Briefe vom 7. August an den Kriegsminister von Roon, seinen Schwager, „ein anständiges Deutschland, das Frieden für die Welt gebietet, als Resultat des Krieges“. Es heißt am Schlusse des Briefes wörtlich: „Daß die Bayern unter unsern Kronprinzen Führung den ersten entscheidenden Schlag mitgetan haben, ist die Lösung der deutschen Frage, die Einheit ist die beste.“

Ottokar Lorenz in seinem Buche „Kaiser Wilhelm und die Begründung des Deutschen Reiches“, das ja mit Recht viel Anfechtung erfahren hat, berichtet, daß noch am 6. August der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr von Thile, in Berlin dem bayrischen Gesandten Freiherrn von Berglas, freilich ohne Auftrag, die feierlichsten Versicherungen gegeben habe, daß Preußen die Selbständigkeit Bayerns und Süddeutschlands niemals schwächen oder schädigen werde. Graf Bismarck habe mit Entrüstung gehört, daß die preußische Presse neuerdings von einem deutschen Kaisertitel für den König Wilhelm spreche, er habe Auftrag gegeben, solche Äußerungen zu unterdrücken. Lorenz nimmt diese Sprache der Diplomatie, die doch nur deren innerste Gedanken verbergen sollte, für bare Münze. Am 6. August war sich die Leitung der preußischen Politik über die Haltung Österreichs bei dessen umfangreichen Rüstungen noch keineswegs klar, eine und sogar zwei gewonnene Schlachten (die Nachrichten von Wörth und Spichern lagen noch nicht einmal vor) bedeuteten noch keine Entscheidung des Krieges, und es darf nicht vergessen werden, daß noch durch Kabinettsorder vom 22. August die Aufstellung zweier mobiler Korps bei Berlin und Glogau gegen Österreich angeordnet werden mußte. Moltke hatte während der Mobilmachung am 18. Juli dem Kriegsministerium auf dessen Anfrage erwidert, „die Front gegen Österreich ist bis jetzt nicht bedroht. Ich halte es vielmehr für das beste, alle demonstrativen Anordnungen in der Grenzprovinz zu vermeiden, und es wird deshalb auch beabsichtigt, das sechste Armeekorps nunmehr in Niederschlesien an der Bahnlinie zu echellonieren.“ Vom 25. Juli an war das Korps in Marsch gesetzt worden, und es traf vom 4. August an bei Landau ein. Aber am 10. August brachte die Wiener Abendpost eine halbamtliche Erklärung, daß „zu Zwecken der Selbstverteidigung“ die Wehrkraft der Monarchie auf einen Stand habe versetzt werden müssen, der gestatte, mit Beruhigung möglichen Eventualitäten entgegenzusehen. Bei der Artillerie waren Verstärkungen des Standes an Mannschaften und Pferden, an Pferden der volle Kriegsstand, angeordnet, ebenso wurde unter dem 5. August die Versetzung der gesamten Kavallerie auf den Kriegsstand, die Aufstellung der Ergänzungseskadrons und der Regimentstrains befohlen, was eine Beschaffung von beinahe 8500 Pferden nötig machte. Beim Fuhrwesen wurden 36 Feldekadrons auf den Kriegsfuß gesetzt, Offiziere aus dem Pensionsstand einberufen, Maßnahmen, die nicht mehr und nicht weniger als die Mobilmachung der österreichischen Kavallerie, der Artillerie und des Trains bedeuteten. Da die österreichische Regierung durch den Abmarsch des schlesischen Armeekorps an den Rhein die volle Gewißheit hatte, daß an einen Angriff von preussischer Seite nicht zu denken sei, so konnte diese österreichische Mobil-

machung nur den Sinn haben, im gegebenen Falle, das heißt nach einer preußischen Niederlage, in Waffengemeinschaft mit Frankreich den Frieden zu diktieren. Zwar hatte, wie das Werk des preußischen Kriegsministeriums über die Mobilmachung von 1870 wörtlich mitteilt, „Preußen eine verlässliche Rückendeckung durch die Zusage Kaiser Alexanders, im Fall des Heraustretens Österreichs aus der Neutralität eine Armee von 300 000 Mann an der Grenze aufstellen und erforderlichenfalls zur Besetzung von Galizien schreiten zu wollen, um die österreichischen Streitkräfte zu paralisieren“. Aber es war immerhin zweifelhaft, ob Rußland diesen Vorsprung der österreichischen Mobilmachung noch rechtzeitig würde einholen können, und es ist darum nur zu begreiflich, daß Bismarck jede politische Maßnahme ablehnte, die Österreich auch nur die geringste Handhabe bieten konnte, zugunsten des Prager Friedens das Wort zu nehmen, oder die geeignet gewesen wäre, Rußland die zugesagte Hilfe, weil lediglich „der Vergrößerung Preußens“ gewidmet, zu verleiden. Es war deshalb selbstverständlich, daß der Staatssekretär von Chile noch am 6. August einem bayrischen Gesandten gegenüber, dessen Gesinnungen gegen Preußen zu mißtrauen man begründete Ursache zu haben glaubte, sich in bezug auf die deutsche Frage nicht nur zurückhaltend, sondern direkt ablehnend verhielt. Nach dem Fall von Paris telegraphierte Kaiser Wilhelm an Kaiser Alexander: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat“ — es bedarf hiernach keiner weitem Darlegung der Gründe, die die preußische Staatsleitung damals bewogen, der deutschen Frage äußerlich und amtlich nicht eher näher zu treten, als bis dies ohne Sorge um den weiteren Verlauf des Krieges geschehen konnte. Wie weit die damaligen Sorgen außerhalb eines sehr engen Kreises im einzelnen bekannt waren, würde heute nur an der Hand von Akten festzustellen sein, aber es ist immerhin erklärlich, daß das Zögern Bismarcks, die scheinbar schon reife Frucht der deutschen Einheit zu pflücken, selbst von deutschen Fürsten und ihren Regierungen nicht verstanden wurde, denen die schweigende zurückhaltende Sicherheit, mit der der Bundeskanzler seine Schritte abmaß, unbegreiflich erschien.

Inzwischen war in der Woche nach der Schlacht bei Wörth das Belagerungskorps für Straßburg formiert worden. Der improvisierte Charakter der Schlacht hatte dazu geführt, daß sie von deutscher Seite nicht mit vollem Einsatz aller Kräfte geschlagen worden war, daß zum Beispiel die badische Division daran nicht hatte teilnehmen können, und daß die Möglichkeit nicht hatte in Betracht gezogen werden können, Straßburg im unmittelbaren Anschluß an die Schlacht durch entschlossenes Zugreifen wegzunehmen. Man hatte sich auf deutscher Seite allerdings nicht vorstellen können, daß bis zum Morgen des 7. August ernste Verteidigungsmaßnahmen in Straßburg nicht bestanden. Der Befehl zur Einschließung der Festung war dann unter dem 10. August ergangen. Am 14. erhielt General von Werder den Befehl, sich möglichst bald des Platzes zu bemächtigen. Der Großherzog beschloß nun, sich in die Mitte seiner Truppen zu begeben, nachdem er zuvor noch einen Vorgeschmack von der geringen Neigung

der beiden andern süddeutschen Staaten empfangen hatte, sich den großen Zielen des Krieges unterzuordnen. Es hatte sich herausgestellt, daß mit dem Augenblick, wo die dritte Armee die Grenze Frankreichs überschritt, das Etappenwesen in ihrem Rücken viel zu wünschen übrig ließ. Es fehlte an jeder einheitlichen Organisation. Während der vorhergehenden Friedensjahre war ungeachtet aller Besprechungen und Verhandlungen auch nicht der Schatten eines Einverständnisses über die Organisation des Nachschubs, der Transporte, der Bahnbenutzung, der Lieferungen usw. zustande gekommen. Moltke hatte daher unterm 2. August die Kriegsministerien von Bayern, Württemberg und Baden um die Aufstellung von Etappentruppen ersucht und zugleich empfohlen, der General-etappeninspektion der dritten Armee einige mit den heimatischen Verhältnissen vertraute Personen zu attachieren. Das Oberkommando war ersucht worden, sich im Bedarfsfall mit den drei Kriegsministerien in direkte Verbindung zu setzen. Der Großherzog hatte mit Recht erkannt, daß das zum mindesten ein zeitraubendes, umständliches und wenig zweckentsprechendes Verfahren sein werde, und hatte den Vorschlag gemacht, einen gemeinschaftlichen Generalgouverneur für Bayern, Württemberg und Baden zu ernennen, der in die militärischen Maßnahmen im Rücken der Armee Einheit und Ordnung zu bringen hätte. Am 8. August telegraphierte er an den Kronprinzen, um ihm die Dringlichkeit einer baldigen Erledigung dieser Angelegenheit zu empfehlen und die Sache beim König zu befürworten, zugleich schrieb er an den Minister Jolly: „Ich konnte dies um so mehr unternehmen, als ich mit dem Kronprinzen eingehend mündlich die Fragen behandelte, und er von der politischen wie militärischen Notwendigkeit derselben überzeugt ist. Ich darf annehmen, daß die an unser Kriegsministerium gestellte Frage schon eine Folge unsrer Unterredung sein wird, und daß man mit dieser Frage nur bezweckte, zu erfahren, ob Geneigtheit vorhanden ist, darauf einzugehen, d. h. daß die gleiche Frage nach München und Stuttgart gerichtet sein wird. Da nun aber wirklich ein dringendes Bedürfnis vorliegt, die Bewegungen und Anordnungen im Rücken der Armee einheitlich zu organisieren, so habe ich das anliegende Telegramm an den König entworfen und würde es abgehn lassen, wenn Sie damit einverstanden sind, daß ich diesen Schritt wagen soll.“ Der König antwortet am 10. August aus dem Hauptquartier Saarbrücken, daß der Antrag nur ausführbar sei, wenn sich der Großherzog mit beiden Südstaaten schleunigst über Sache und Person verständige. Bei der Mitteilung dieses Telegramms an Jolly bemerkte der Großherzog: „Es wäre also unsre Aufgabe, die Frage eines Generalgouvernements in Antrag zu bringen.“ Das ist denn auch von badischer Seite geschehen, aber mit dem einzigen Erfolge, daß der König von Württemberg den General von Suckow zum Generalgouverneur von Württemberg ernannte, was für die allgemeine militärische Lage ohne Bedeutung blieb. Der Großherzog sprach sich in einem Schreiben vom 23. August sehr mißmutig über den Verlauf der Sache aus, die von preussischer Seite ohne allen Nachdruck behandelt worden sei, es scheine deshalb sehr nötig, der preussischen

Regierung mitzuteilen, welche Fortschritte im Interesse der Sache geschehen, und auf welche Gefinnungen Baden dabei gestoßen sei. „Die preußische Regierung muß durchaus wissen, daß ein großer Unterschied besteht zwischen dem Verhalten der Truppen Bayerns und Württembergs im Felde und deren Regierungen zu Hause, wo der alte Partikularismus unter der Asche glüht und nur nicht zur Flamme sich aufzurichten wagt, da die Macht der Ereignisse dies nicht gestattet.“

Der Ausgang dieser Angelegenheit bot dem Großherzog den bestimmten Anlaß, auf die Notwendigkeit der baldigen Regelung des Verhältnisses von Süddeutschland zum Nordbund überzugehen und damit einen genau formulierten Antrag zu begründen, zumal da der Minister von badischen Abgeordneten dringend ersucht worden war, mit Bismarck in Unterhandlung zu treten. In dem betreffenden Schreiben an Solly heißt es: „Ihre Mitteilungen betreffs der nationalen Frage sind mir äußerst wertvoll. Zunächst bin ich ganz mit Ihnen einverstanden, daß die Abgeordneten in diesem Augenblick jeden Versuch einer Einwirkung auf die großen politischen Entwicklungsfragen, wie sie aus dem siegreichen Vorschreiten der deutschen Heere hervorgehn, sorgfältig vermeiden müssen. Wir wissen zunächst noch gar nicht, mit welchen Absichten die preußische Regierung der Zukunft entgegengeht, es liegen nur Andeutungen vor, welche auf gewisse Richtungen schließen lassen. Was wir aber bestimmt wissen, das ist, daß Graf Bismarck keine Einmischung in seine Pläne gestattet. . .“ Die Gründe dieses Verhaltens Bismarcks sind, wie oben dargetan worden ist, heute hinlänglich klar. Man darf annehmen, daß in Berlin dem Bundeskanzler die Äußerung bekannt war, die Kaiser Franz Joseph am 14. Juni zu dem als Unterhändler in Laxenburg anwesenden französischen General Lebrun getan hatte, und die darin gipfelte, „daß wenn Kaiser Napoleon im Süden von Deutschland, nicht sowohl als Feind, sondern als Befreier erscheine, der Kaiser Franz Joseph gezwungen sein würde, von seiner Seite zu erklären, daß er mit ihm gemeinschaftliche Sache mache. Vor den Augen meiner Völker vermöchte ich nichts anderes zu tun, als meine Armee mit der französischen dann zu vereinen.“ Dies war der Sinn und die Bedeutung der österreichischen Mobilmachung, hierin lag der stärkste Grund für Bismarcks Zurückhaltung. Wäre nach einer Niederlage der deutschen Heere, die ja damals noch keineswegs außer Möglichkeit war, die französische Armee in Süddeutschland erschienen und Frankreich hätte Österreich mit fortgerissen, so wäre die deutsche Idee die wirksamste Waffe geblieben, die Bismarck der österreichischen Politik noch entgegenzusetzen vermocht hätte. Es ist begreiflich, daß er sie nicht vorzeitig aus der Hand geben wollte, ebenso aber auch, daß er allen Grund hatte, über seine Absichten und Pläne das tiefste Schweigen zu beobachten. Einig war er wohl nur mit dem Könige.

Minister Solly arbeitete nun eine Denkschrift für den Bundeskanzler aus, die er am 31. August dem Großherzog vorlegte, und die an den preußischen Gesandten in Karlsruhe, aber auch an den Kronprinzen und den König ging. Graf Flemming wurde gebeten, die Angelegenheit bei dem Bundeskanzler,

möglichst dringend zu behandeln. Die Denkschrift ist wiederholt veröffentlicht worden. Sie berührt folgende drei Punkte: die Frage des Friedensschlusses mit Frankreich und die zu erwartende Abtretung französischer Gebiete. Sie lehnte vom Standpunkte Badens jede Gebietserwerbung für das Großherzogtum ab und forderte die Einverleibung der eroberten Gebietsteile entweder in den preußischen Staat oder in der Form eines reichsunmittelbaren Landes direkt in den Norddeutschen Bund. Zweitens wurde der Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund und dadurch dessen Erweiterung zu einem Deutschen Bunde beantragt. Endlich wurde auf die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Kaiserwürde hingewiesen, wobei sich die großherzogliche Regierung die dazu nötigen Schritte vorbehielt. Auf besondern Wunsch des Großherzogs wurde betont, daß in diplomatischen und militärischen Angelegenheiten eine Stärkung der Bundeszentralgewalt tunlich und wünschenswert sei. Die Denkschrift wurde am 2. September, gerade am Sedantage, in Berlin und in Karlsruhe übergeben, etwas später wird sie in die Hände des Königs und des Kronprinzen gelangt sein.

Was war nun inzwischen auf preußischer Seite geschehn? Minister Delbrück erzählt in seinen Lebenserinnerungen: „Am 1. September 1870 schickte mir der Unterstaatssekretär von Thile ein Telegramm des Grafen Bismarck, wenn ich nicht irre aus Buzancy, das mich beauftragte, in Dresden mit dem Minister von Friesen die Zukunft der von uns eroberten und in dem künftigen Frieden festzuhaltenden französischen Landesteile zu besprechen. Daß Preußen sie nicht für sich begehre, konnte ich ausdrücklich erklären. Ich ging zu Herrn von Thile, um über meine Reise und meine Anmeldung in Dresden das Nähere zu verabreden. Graf Fritz Eulenburg (Minister des Innern) kam dazu, wir unterhielten uns über den Gegenstand meines Auftrags. Wenn wir Elsaß und Lothringen nicht nehmen wollen, sagte Graf Eulenburg, und da Baden sie nicht nehmen kann, was sollen sie dann werden? Reichsland, erwiderte ich. Ein Reichsland ohne Reich? war die Antwort. Vielleicht, meinte ich, erwächst aus dem Reichslande das Reich.“ Delbrück berichtet weiter, daß er über die Frage, die ihn nach Dresden geführt hatte, dort keine Meinungsverschiedenheiten gefunden habe. Sowohl Minister von Friesen als auch König Johann waren der Meinung, daß die eroberten Landesteile nicht mit einem einzelnen deutschen Staate, sondern mit der Gesamtheit der deutschen Staaten zu vereinigen sein würden als ein eignes in Gesetzgebung und Verwaltung von dieser Gesamtheit abhängiges Staatswesen. Da der Zollverein als die einzige alle deutschen Staaten umfassende Gemeinschaft wegen seiner Kündbarkeit zum Träger einer Souveränität nicht geeignet war, der Norddeutsche Bund sich nur auf einen Teil der Staaten beschränkte, deren vereinigten Kräften die Eroberung zu verdanken war, so erschien die Ausdehnung des Norddeutschen Bundes auf die süddeutschen Staaten die notwendige Voraussetzung für die Regelung des Verhältnisses der eroberten Gebiete. Zur Anregung dieser Frage in Süddeutschland war Sachsen durch seine Stellung

und sein besonderes Interesse berufen. Die Auffassung wurde in Dresden geteilt, und Delbrück kehrte am 5. September nach Berlin zurück mit der Überzeugung, daß bei der bayrischen Regierung die nötigen Schritte getan seien und weiter getan würden.

Es muß als selbstverständlich angesehen werden, daß Preußen, bevor es in der deutschen Frage den ersten amtlichen Schritt tat, sich zuvor mit dem ersten Mitgliede des Norddeutschen Bundes, dem Könige von Sachsen, in Verbindung setzte. Ebenso entsprach es durchaus einer klugen Politik, daß die einleitenden Schritte in München durch Sachsen getan wurden. Von Sachsen ausgehend, entbehrten sie jedes Anscheins irgendeines Druckes oder Zwanges, und die Initiative des norddeutschen Mittelstaates bot dem Münchner Hofe zugleich eine Gewähr, daß es sich in dem neuen Bundesverhältnis sehr wohl leben lasse. Hatte doch der dem Prinzen Luitpold von Bayern, dem heutigen Regenten, im königlichen Hauptquartier beigegebene bayrische Ministerialsekretär Graf Berchem unter dem 24. August aus Bar le Duc nach München berichtet: „Ich habe im Auftrage Seiner königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold weiter zu berichten, daß Graf Bismarck sich dahin äußerte, Preußen und der Nordbund würden bereitwilligst diejenigen Vorschläge acceptieren, welche Seine Majestät der König von Bayern nach Allerhöchstseiner Bequemlichkeit im Interesse einer engeren nationalen Einigung zu machen sich etwa veranlaßt sehen würden. Preußen und der Nordbund verzichteten aber darauf, auf diese Entschlüsse irgendwelche Pression zu üben, indem ein für Norddeutschland günstig gestimmtes Bayern der nationalen Sache mehr nütze als ein widerwillig in nähere Beziehung gebrachtes Land.“ Man ersieht hieraus deutlich, wie sehr das Verhalten Preußens psychologisch der Persönlichkeit des Königs Ludwig angepaßt war. An die Sendung Delbrücks nach Dresden knüpfte sich dann sofort die weitere Aktion. Am 5. September nach Berlin zurückgekehrt empfing Delbrück wenig Stunden später abermals ein Telegramm Bismarcks, das ihn in das Hauptquartier berief: „Der König wünscht, daß Sie auf kurze Zeit in das Hauptquartier kommen, damit ich mit Ihnen erwäge, wie wir einen schicklichen geschäftlichen Anlaß zur Berufung des Zollparlamentes finden und das Gewicht dieser Versammlung, einschließlich des Reichstags, zur Wirkung auf die deutschen und europäischen Friedensverhandlungen verwenden.“ Am 10. September war Delbrück in Rheims. Nach einer Audienz beim Könige schritt er mit Bismarck in einstündiger Unterredung in der Cour d'honneur des erzbischöflichen Palastes, des Quartiers des Königs, auf und ab und erwog vor den Augen des durch das Gitter gaffenden Publikums mit dem Bundeskanzler den Beitritt der süddeutschen Staaten zum Norddeutschen Bunde, dessen Umgestaltung zu einem Deutschen Bunde und die Herstellung des Kaisertums. Im militärischen Hauptquartier hielt man nach acht siegreichen Schlachten die Herstellung der deutschen Einheit mit kaiserlicher Spitze für eine leichte Sache, bei der man „nur zu wollen brauche“, „der Zauber, den die Person des Königs auf Offiziere und Mannschaften des

ganzen Heeres ausübte, schien in der Kaiserkrone seinen natürlichen Ausdruck zu finden“. Am 12. September lief in Rheims als Folge der sächsischen Anregung eine Mitteilung der bayrischen Regierung ein, worin sie die Überzeugung aussprach, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse Deutschlands, wie sie durch die kriegerischen Ereignisse herbeigeführt sei, es bedinge, von dem Boden völkerrechtlicher Verträge, die bisher die süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde verbanden, zu einem Verfassungsbündnis überzugehen. Es wurde daran der Wunsch geknüpft, daß Delbrück nach München entsandt werden möge, um über die zur Ausführung dieses Gedankens von bayrischer Seite vorbereiteten Vorschläge in Verhandlung zu treten. (Es sind diese Vorschläge, in einem Antrag vom 12. September vom bayrischen Ministerium an den König formuliert, vom Ministerpräsidenten Grafen Otto Bray in seinen Denkwürdigkeiten [Leipzig, S. Hirzel, 1891] mitgeteilt worden.) Delbrück erhielt diesen Auftrag. Um der Zustimmung sowohl Bismarcks als des Königs zu seinen Auffassungen sicher zu sein, arbeitete er in seinem Quartier zu Rheims angelehnt an die alte Krönungskirche Frankreichs eine Denkschrift aus, an deren Schluß er auch dem Gedanken der Kaiservürde offiziellen Ausdruck verlieh. Bismarck war mit der Denkschrift einverstanden. Am 15. September früh wurde Delbrück in Chateau-Thierry vor dem Ausbruch des Hauptquartiers nach Meaux noch einmal vom König empfangen, der sich ebenfalls im wesentlichen einverstanden erklärte. In der Kaiserfrage lehnte er eine Äußerung ab, da diese erwogen sein wolle, aber Delbrücks Gründe für die Bejahung fanden gnädige Aufnahme. Die Denkschrift entspricht im wesentlichen dem Inhalt des auf dieser Grundlage ausgearbeiteten Wortlauts der Versailler Verträge. Als Delbrück Ende September München verließ, wo er die bayrischen Minister einig hinsichtlich der Notwendigkeit des Anschlusses, aber in sehr verschiedner Meinung in den Einzelheiten gefunden hatte, nahm er die Überzeugung mit, daß der Deutsche Bund gegründet sei. Der württembergische Ministerpräsident von Mittnacht hatte an den Konferenzen teilgenommen, der König mit Delbrück über den Zweck seiner Anwesenheit in einstündiger Audienz mit darauffolgender Hofstafel kein Wort gesprochen. Das Kaisertum war nicht Gegenstand der Verhandlungen gewesen, es kam neben diesen zustande.

Die Reisen Delbrücks nach Dresden, Rheims und München sind die Achse für die geschäftliche Herstellung des deutschen Verfassungswerkes gewesen. Wie unrichtig Ottokar Lorenz die damalige Situation beurteilt, beweist er auf S. 336 durch die Wendung: „Der Staatsminister Delbrück nahm auf einer Reise durch Süddeutschland Gelegenheit, auch in München vorzusprechen.“

